

Nun ist die Regierung am Zug

Geldspielgesetz Die Vaterländische Union (VU) reicht ein Postulat zum Thema Casino-Landschaft Liechtenstein ein. Damit soll nun die Regierung in die Pflicht genommen werden, Antworten auf die gängigsten Fragen zu liefern.

Susanne Quaderer
squaderer@medienhaus.li

Zwei Casinos gibt es bereits, eines soll im Spätsommer 2019 in Balzers eröffnet werden und zwei weitere Spielbanken stehen in Schaan und in Eschen in der Warteschleife. Ein regelrechter Casino-Boom ist in Liechtenstein ausgebrochen. Das geht vielen Personen aus der Bevölkerung gegen den Strich – auch den Politikern, wie in der vergangenen Landtagsdebatte beziehungsweise aktuellen Stunde klar wurde. So erklärte Christoph Wenaweser von der Vaterländischen Union (VU) damals, dass es für ihn durchaus vorstellbar sei, sehr schnell ein Bewilligungsmoratorium für weitere Spielbanken einzuführen.

Nun reicht die Vaterländische Union ein Postulat ein, mit dem sie die Regierung in der Casino-Debatte in die Pflicht nehmen will. Die VU-Fraktion möchte von der Regierung Antworten auf die gängigsten Fragen rund um den Casino-Boom – so auch über das Bewilligungsmoratorium. «Die Bedenken der Bevölkerung sollen ernst genommen werden», erklärte VU-Fraktionssprecher Günter Vogt gestern auf Anfrage.

Bewilligungsmoratorium soll überprüft werden

So soll die Regierung unter anderem prüfen, ob eben mit einem Bewilligungsmoratorium oder einer anderen Massnahme eine Eingrenzung der Spielbanken-Anzahl erreicht werden kann.



«Die Bedenken der Bevölkerung sollen ernst genommen werden», erklärt VU-Fraktionssprecher Günter Vogt.
Bild: Tatjana Schnalzger, 5. April 2019

Denn, wie es Wenaweser bereits im April-Landtag ausführte, sieht er den Reputationsschaden für das Land schneller eintreten, als der Markt die Casino-Dichte regulieren könne. Ein solches Moratorium jedoch könnte schwierig einzuführen sein, auch weil es möglicherweise von neuen Casino-Anwärtern als Ungleichbehandlung angesehen werden könnte.

Auch solle die Regierung den länderübergreifenden Austausch der Sperrlisten überprüfen. Zumindest mit der Schweiz, die nach Ansicht der VU ein ähnliches Regelwerk besitzt. Daneben werden auch Fragen zur Zonenkonformität in Wohn- wie auch Gewerbe-

zonen gestellt. Dies gerade im Hinblick auf Ruhestörungen aufgrund des erhöhten Verkehrsaufkommens.

Zweckbindung könnte Ansehen verbessern

Ein wichtiges Anliegen ist der VU-Fraktion laut Vogt aber auch die Überprüfung einer allfälligen Zweckbindung der Staatseinnahmen aus den Geldspielabgaben. Diese belaufen sich auf rund 19 Millionen Franken jährlich und könnten zu Gunsten von Sozialwerken, beispielsweise der AHV, oder in der Alterspflege eingesetzt werden. Ein Blick in die Schweiz zeigt laut den Postulanten, dass Swisslos im Jahr 2018 mit Lottos,

Losen und Sportwetten 360 Millionen Franken für gemeinnützige Zwecke generiert hat. «Diese Regelung brachte Swisslos in der Schweiz eine hohe Akzeptanz. Das könnte auch hierzulande mit einer zweckgebundenen Mittelverwendung erreicht werden», erklärt Vogt. Die Bevölkerung würde die Casinos demnach vielleicht nicht nur als Spielhöhlen ansehen, sondern auch als Unternehmen, die einen wichtigen Beitrag zur sozial gebundenen Mittelverwendung leisten. Auch will die VU-Fraktion in ihrem Postulat wissen, welche finanzielle Entlastung die Versicherten bei einer jährlichen Erhöhung des Staatsbeitrags an die Obligatorische

Krankenpflegeversicherung (OKP) haben könnten. Laut dem Gesellschaftsministerium könnte eine Erhöhung des OKP-Staatsbeitrags um eine Million Franken eine monatliche Prämienentlastung der Versicherten von 2,60 Franken mit sich bringen. So resümieren die Postulanten, dass eine jährliche Aufstockung des «normalen» OKP-Staatsbeitrags um zehn Millionen Franken aus den Geldspielabgaben die monatliche Krankenkassenprämie um willkommene 26 Franken verringern würde. Dieses Anliegen einer Zweckbindung hat laut Vogt auch eine grosse Chance, in die Realität umgesetzt zu werden.

Keine Erhöhung der Spielabgabe

Klar ist, dass sich die VU für einen liberalen Wirtschaftsstandort Liechtenstein einsetzt und die Rechtssicherheit in allen Belangen gewahrt werden muss. Trotzdem dürfen die Ängste der Bevölkerung weder vom Gesetzgeber noch von der Exekutive ignoriert werden. Mit den Ergebnissen der Überprüfung könne die Regierung dafür sorgen, dass Casino-Betriebe auf mehr Akzeptanz stossen, ohne einen Reputationsschaden für Liechtenstein zu riskieren. Eine Erhöhung der Spielabgaben verneinen die Postulanten aber vehement, denn die Reputation eines Staates könne auch Schaden nehmen, wenn man sich bereits nach kurzer Zeit nicht mehr an die Rahmenbedingungen halten könne.